

Manifest von Lindau

Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland anlässlich der 5. Lindauer Tagung der Wirtschaftswissenschaften mit 18 Nobelpreisträgern am 19.-23. August 2014¹

Der Wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland nimmt die Lindauer „Tagung der Wirtschaftswissenschaften“ zum Anlass, sich über den Zustand und die Perspektiven der Wirtschaftswissenschaft zu äußern.

Es war sicherlich kein Zufall, dass nicht die von Alfred Nobel initiierte Stiftung sondern die Schwedische Reichsbank erstmals 1967 einen Preis für Wirtschaftswissenschaften vergeben hat. Es handelt sich also um einen nachträglich ausgelobten Preis, der mit dem Label „Nobelpreis“ versehen zugleich den Wendepunkt für die politische und öffentliche Aufwertung der Wirtschaftswissenschaften markiert. Seit den 1970er Jahren haben sich die Wirtschaftswissenschaften in ihrer bestimmenden Ausrichtung nicht nur von einem bis dahin u.a. keynesianisch inspirierten aktiven wirtschaftspolitischen Handeln verabschiedet und dem neoliberalen Marktdogma geöffnet. Sie haben sich auch weitgehend von ihren sozialwissenschaftlichen Wurzeln verabschiedet und versuchen sich seither als eine Art eigenständige Leitwissenschaft zu etablieren. Der jüngst verstorbene „Nobel“-Preisträger Gary S. Becker sprach deshalb konsequent und in der Absicht einer Selbstbezeichnung vom „ökonomischen Imperialismus“. Und in der Tat ist das ökonomische Prinzip in alle gesellschaftlichen Lebensbereiche vorgedrungen, unabhängig davon, ob es wissenschaftlich berechtigt oder gesellschaftlich nützlich und sinnvoll ist.

Das selbst von zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der bestimmenden Lehrmeinungen kritisch beobachtete Paradoxon liegt nun darin, dass mit der kontinuierlichen Aufwertung, gar Dominanz der Wirtschaftswissenschaften in der Gesellschaft deren Problemlösungskompetenzen und –fähigkeit umgekehrt proportional zu sinken scheint. Das

¹ Der Wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland ist ein unabhängiges, interdisziplinäres Beratungs- und Forschungsgremium, das seine Expertise in den Dienst des globalisierungskritischen Netzwerks Attac stellt. Weit über hundert ProfessorInnen, WissenschaftlerInnen und ExpertInnen aus einem breiten Spektrum unterschiedlicher Fachrichtungen: Ökonomen, Soziologen, Politologen, Juristen, Psychologen und Fachleute anderer Professionen sind Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Diese Stellungnahme wurde von Beiratsmitglied PD. Dr. Ralf Ptak mit Unterstützung von Prof. Dr. Elmar Altvater, Dr. Christian Christen, Prof. Dr. Rudolf Hickel und Dr. Dipl.-Ing. Silke Ötsch verfasst.

betrifft einerseits das zentrale Feld der wirtschaftlichen Prognose, deren Ergebnisse nach allgemeingültigen Maßstäben kaum anders als ein Desaster zu bezeichnen sind. Gerade im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ff. hat der die öffentliche Debatte und Politikberatung national wie international bestimmende Teil der modernen Wirtschaftswissenschaften fundamental versagt. Das gilt sowohl für die Debatten im Vorfeld der Krise um mögliche gesamtwirtschaftliche und systemische Risiken, für die eklatanten Fehlentwicklungen auf den Geld- und Kapitalmärkten als auch das mittel- und langfristige Krisenmanagement nach Ausbruch der Krise.

In einem viel weiteren und bedeutenderen Sinne versagen die etablierten Wirtschaftswissenschaften vor allen Dingen dann, wenn es um die großen Herausforderungen der Zeit geht, etwa bei der Klimapolitik oder bei der globalen Verschärfung sozialer Ungleichheiten. Zwar fühlen sich die Wirtschaftswissenschaften qua „Allmachtsphantasie“ zuständig für praktisch alle Zeitfragen, allerdings haben sie weder das Instrumentarium noch können sie adäquate gemeinwohlorientierte und gesellschaftlich sinnvolle Lösungsstrategien anbieten. Die seit mittlerweile vier Jahrzehnten immer gleichen Rufe nach mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb im Rahmen der scheinbar einzig möglichen Agenda von Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und fortschreitendem Freihandel erscheinen mehr als selbsterfüllende Prophezeiung einer überkommenen Marktgesellschaftsutopie denn als zukunftsweisende Strategie. Von diesen Vorschlägen und Forderungen an Politik und Öffentlichkeit profitieren stets die Gewinner neuer Marktöffnungen und Kommodifizierungen sowie die wirtschaftswissenschaftlichen Berater selbst, die zu den Top-Verdienern des kommerzialisierten Wissenschaftsbetriebs zählen.

Die weitgehend unreflektierte Übernahme der Vorstellungswelt der tonangebenden Lehmeinungen und der orthodoxen Ökonomik durch die ökonomischen und politischen Eliten kennzeichnet nicht nur den kulturellen Niedergang einer offenen, kritischen demokratischen Kultur. Es hat viele in den Wirtschaftswissenschaften zugleich in eine Art Rausch getrieben, der ähnlich manch aufputschender Droge, zu Selbstherrlichkeit, gar Übermut gegenüber Skeptikern und Kritikern führt. Die Disziplin tendiert in ihrer tonangebenden Ausrichtung in Wissenschaft und Politikberatung seit Jahren zu einem Dogmatismus, der weder grundlegende Auseinandersetzungen noch echte Pluralität und

Vielfalt in den theoretischen Grundmodellen zulässt. Deshalb fordern diverse Initiativen von Studentinnen und Studenten der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland und vielen anderen Ländern zu Recht eine grundlegende Erneuerung durch eine plurale Ökonomik in Lehre und Forschung.

Die fundamentale Krise der Wirtschaftswissenschaften

Der Verfall der Wirtschaftswissenschaften ist ein langwieriger Prozess, dessen Wurzeln bereits in der Herausbildung moderner Wirtschaftswissenschaft begründet liegen. Erst Mitte des 18. Jahrhunderts bildete sich die Wirtschaftswissenschaft als eigenständige Disziplin heraus, aber es dauerte keine hundert Jahre bis die interdisziplinären Bezüge zur Philosophie, Soziologie und Politik gekappt waren. Zentraler Gegenstandsbereich wurde die Erforschung „marktwirtschaftlicher Ordnungen“, was einer fundamentalen Verengung des Forschungsprogramms gleichkommt.

Dabei hat es – vielleicht mit Ausnahme einer kurzen Periode im 19. Jahrhundert – niemals wirklich freie Märkte gegeben. Sie sind eine Fiktion, auf die man unablässig und nie vollendet immer nur zusteuert und die deshalb nie empirisch überprüft werden kann. Diese Fiktion wird zugleich notwendig, weil in der orthodoxen ökonomischen Theorie unabhängige Individuen unterstellt werden, die erst durch Geld als Bindemittel und mit dem Marktmechanismus zur Gesellschaft geformt werden. Der große Ökonomen Joseph A. Schumpeter hat das Vorgehen der ökonomischen Theorie schon vor mehr als 100 Jahren als „methodologischen Individualismus“ kritisiert, der in dem berühmt gewordenen Wort von Margaret Thatcher seinen perversen Ausdruck fand: „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen und Familien.“

Die bereits in der Theorie zum Ausdruck kommende Rücksichtslosigkeit gegenüber der Gesellschaft und gegenüber allgemeinen Interessen hat zur Folge, dass auch in der politischen Praxis neoliberaler Wirtschaftstheorie mindestens ein Spannungsverhältnis zur Demokratie, wenn nicht gar eine tief sitzende Verachtung demokratischer Partizipation angelegt ist.

Der „methodologische Individualismus“ hat auch die Unfähigkeit zur Folge, die Menschen in ihrer Auseinandersetzung mit der Natur zu begreifen. Die Natur wird in der bestimmenden Ökonomik als unerschöpfliche Größe begriffen, die als freies Gut vermeintlich kostenlos zur Verfügung steht und durch Produktion und Konsumption nicht wirklich verändert wird, so dass sich niemand um ihren Erhalt Sorgen machen muss. Zwar hat sich seit den 1970er Jahren eine Umweltökonomie herausgebildet, die hier versucht zu korrigieren. Allerdings führt dies im für die politische Meinungsbildung dominanten orthodoxen Strang zu keiner signifikanten Änderung, im Gegenteil. Denn die neoliberal geprägte Umweltökonomie macht es sich gefährlich einfach: Sie versteht die Natur in ihrer Komplexität nicht als Quelle aller Reproduktion, sondern als Naturkapital und reduziert das komplexe Natursystem damit auf eine simple ökonomische Kategorie. Dies hat für die orthodoxen Wirtschaftswissenschaften den Vorteil, wie bisher schlicht die alten Instrumente und den über alles gesetzten Marktmechanismus auf die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu übertragen und die „Umweltgüter“ wie Luft und Wasser damit zu einer Ware wie Kartoffel- oder Mikrochips zu degradieren. Eine ernsthafte Debatte über die notwendigen Veränderungen der Wirtschafts- und Lebensweise erübrigt sich aus dieser Perspektive und die ökologisch zerstörerische Produktions- und Lebensweise kann fortgesetzt werden.

Der orthodoxe Mainstream der Ökonomik versteht sich weiterhin als eine Wissenschaft jenseits von Zeit und Raum und muss sich deshalb keine Gedanken über die Folgen der ökonomischen Entscheidungen für Gesellschaft und Natur machen. Der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi hatte vor genau 70 Jahren den Übergang zur modernen Marktwirtschaft im 18. Jahrhundert als einen Prozess der „Entbettung der Wirtschaft aus der Gesellschaft“ bezeichnet. Entbettete Märkte, so seine damalige Warnung, sind „Satansmühlen“ für die auf ihnen gehandelten „Waren“: Die Arbeitsmärkte tendieren dazu, die Ware Arbeitskraft zu schädigen, wenn diese nicht sozialstaatlich geschützt wird. Werden Naturressourcen in Waren verwandelt, muss die Gesellschaft die Natur schützen, um sie nicht zu zerstören. Die ökonomische Theorie muss also Belange von Gesellschaft und Natur berücksichtigen und sie sollte sich auf ihre Ursprünge als „politische Ökonomie“ zurückbesinnen.

Wie notwendig das ist, wird insbesondere am zentralen Axiom der Knappheit deutlich. Abgesehen davon, dass die Maximierung der Produktion als letztes Ziel angenommen wird, existieren offenbar keine Vorstellungen von differenzierten Bedürfnisstrukturen und realen Bedarfen. Interessanterweise wissen Marktforscher viel über die ausdifferenzierten Kundenwünsche in entwickelten Volkswirtschaften, um neuen Absatz zu finden. Aber dass bei Befriedigung der Grundbedürfnisse und einem stabilem Existenzminimum außerökonomische Zielsetzungen für die Menschen maßgeblich werden können, zumindest aber Beachtung finden, ist für viele in der Ökonomenzunft nicht vorstellbar. Wirtschaften in diesem Sinne wird zum Selbstzweck, also zum Leben selbst, statt zum funktionalen Zweck für ein gutes Leben. Von daher gehen die vielfältigen gesellschaftlichen Diskussionen über das ob und wie einer „Postwachstumsökonomie“, die ihren Sinn als eine politische Ökonomie des guten Lebens erhält, auch völlig an den etablierten Wirtschaftswissenschaften vorbei. Sie können nicht bedacht werden, denn sie stehen weitgehend außerhalb des von der Glaubensgemeinschaft anerkannten Denkens und Analysierens ökonomischer Prozesse.

Entsprechend eindimensional und geradezu schemenhaft gestaltet sich das Menschenbild der orthodoxen Wirtschaftswissenschaften, das von der Fiktion eines isolierten Individuums (außerhalb von Gesellschaft) ausgeht. Im Eifer der hypothetisch-deduktiven Methode der Wirtschaftswissenschaften wurde der „Mensch“ in der Vorstellung zu einem permanent nutzenmaximierenden und rationalen mechanischen Wesen geformt. Wobei im Laufe der Zeit die Grenzen zwischen der hypothetischen Annahme vom menschlichen Verhalten zur Modellierung komplexer Problemstellungen und der Beschreibung der menschlichen Realität verschwommen sind.

Der gewachsenen Kritik an der Fiktion des homo oeconomicus begegnet man bis heute in der Regel mit zwei Argumenten. Wenn Kritiker auf neuere Erkenntnisse etwa der Hirnforschung, der Psychologie oder der Soziologie verweisen, heißt es stets, der homo oeconomicus sei ein heuristisches Prinzip, das allein methodischen Zwecken diene und nichts über die Realität aussage. Tatsächlich aber wird im wirklichen Leben und hier vor allen Dingen in der Ausbildung des wirtschaftswissenschaftlichen Nachwuchses die totalitäre Vorstellung eines durchökonomisierten Menschen in jeder Lehrstunde fleißig gepflegt. So

wird aus der Modellannahme sukzessive eine Realität und erhält gewissermaßen eine normative Dimension, indem die Figur des homo oeconomicus bewusst oder unbewusst adaptiert wird. Das zweite Abwehrargument bezieht sich selbst auf die neueren Forschungsergebnisse in dieser Frage, allerdings um damit die Eindimensionalität des homo oeconomicus zurückzuweisen. Dieses Eingeständnis verändert aber gerade nicht das wirtschaftswissenschaftliche Programm, sondern verweist einfach auf die außerhalb der Ökonomik liegende wissenschaftliche Zuständigkeitsbereiche. Outsourcing für wesentliche Fachfragen mit immensen Rückwirkungen für die bestimmenden Modelle und Argumentationen ist aber kein Kriterium wissenschaftlicher Reflexion, sondern bedeutet nichts anderes als den Kopf in den Sand zu stecken.

Der fehlende Realitätsbezug ist ein zentrales Problem der orthodoxen Wirtschaftswissenschaft und wird bereits seit geraumer Zeit beklagt, auch bei vielen innerdisziplinären Kontroversen. Schon die frühe Anlehnung der Wirtschafts- an die Naturwissenschaften im Allgemeinen und die mechanische Physik im Speziellen, die mit der Entstehung der Neoklassik ihren vorläufigen Höhepunkt erlebte, hat die Suggestion einer exakten Wissenschaft befördert und die Grenzen der eigenen Aussagen immer weiter nach außen verschoben. Die im 20. Jahrhundert forcierte mathematische Formalisierung hat diesen Trend verstärkt und mit den Möglichkeiten der Digitalisierung umfangreiche Rechnerleistungen zur Erstellung ökonomischer Modelle noch weiter getrieben. In Folge dessen verschwindet heute immer mehr die Grenze zwischen den weiterhin fiktionalen bzw. stets sehr modellspezifisch gültigen Ergebnissen der überaus komplexen, wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und der Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf das reale Leben sowie deren Relevanz für die praktischen Entwicklungen und Bedingungen wirtschaftlichen Handelns auf der Welt. In dem Maße, wie sich dabei die Wirtschaftswissenschaftler selbst ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für politische Prozesse nicht mehr bewusst werden, wird die Ökonomik letztlich sinnentleert bzw. leicht zugänglich für jede Form von Ideologisierung durch Politik, Öffentlichkeit und Medien.

Diese Distanz zu Realität und Verantwortung ist nicht zuletzt dem dominanten positivistischen Wissenschaftsverständnis in den Wirtschaftswissenschaften geschuldet. Hinter der von hoch formalisierter Mathematik und Ökonometrie geprägten Fassade geben sich die

bestimmenden Kräfte der Wirtschaftswissenschaften als werturteilsfreie Realwissenschaft, die allein auf quantifizierbare Erfahrungen gestützt sei. Doch die vermeintliche Erfahrungswelt ist in der Regel lediglich eine Ableitung der konstruierten Modelle von Wirklichkeit. Denn bekanntlich bestimmt die Konstruktion des Modells die Forschungsfragen und damit den Blick auf die Realität. Andererseits dient die Vorstellung einer von den Einflüssen der Gesellschaft unberührten Wissenschaft, die sich dem zweifelhaften Schein der Objektivität verschreibt, letztlich nur dazu, die gesellschaftliche Verantwortung der Wirtschaftswissenschaften als Disziplin und als Person zu negieren. Das wiegt umso schwerer als gerade in der ideologisch geprägten Periode der neoliberalen Hegemonie interessengeleitete Dienstleistungen des wirtschaftswissenschaftlichen Betriebs – vor allem im Finanzmarktsektor – beträchtliche Ausmaße angenommen haben. Ausgestattet mit diesem Rüstzeug wird ein Klima der Unantastbarkeit geschaffen, das mit einer klaren Botschaft verknüpft ist: Wer nicht dem methodologischen Ansatz orthodoxer Ökonomik folgen kann oder will, ist weder zur Kritik berechtigt noch überhaupt in der Lage, qualifizierte Aussagen über wirtschaftliche Phänomene und Prozesse zu treffen und sollte sich deshalb tunlichst aus den ökonomischen Debatten heraushalten.

Wirtschaftswissenschaften und die Herausforderungen der Gegenwart

Wenn aber wahr ist, dass in der kapitalistischen Marktgesellschaft ein enges und sehr spezifisches ökonomisches Denken mehr denn je im Alltag der Menschen verankert ist (bevor in der Tagesschau über die politischen Entwicklungen in der Welt berichtet wird, erfahren wir den Gang der Geschäfte auf der Wall Street, in der Londoner City oder an der Frankfurter Börse), die Demokratie aber doch mehr sein sollte als eine postdemokratische Fassade, dann wäre es wichtig, die Menschen zu befähigen, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und sich an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Das würde aber nur Sinn machen, wenn Alternativen zur Entscheidung anstehen. Diesen Sinn haben die herrschenden Wirtschaftswissenschaften aber durch die neoliberale TINA-Formel „There is no Alternative“ in Unsinn verwandelt. Ein erster Schritt aus der postdemokratischen Alternativlosigkeit heraus zu einer neuen Wirtschaftsdemokratie wäre die Beseitigung der Alternativlosigkeit im wirtschaftswissenschaftlichen Betrieb an den

Universitäten, in den Forschungseinrichtungen, in den Medien und in der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Denn im jetzigen Zustand ist die Disziplin zu einem Problemverstärker geworden anstatt Problemlöser zu werden.

Vor diesem Hintergrund spricht viel dafür, Polanyis Warnung vor der gesellschaftlichen Entbettung des Systems Wirtschaft ernst zu nehmen. Deshalb brauchen wir eine Wirtschaftswissenschaft, die sowohl in den methodischen Ansätzen als auch in den theoretischen Fragestellungen und Lösungsansätzen echte Pluralität zulässt und auch aktiv fördert. Wir brauchen eine gesellschaftliche Atmosphäre für Innovationsprozesse, die über die Herstellung allgemeiner Wettbewerbsfähigkeit weit hinausgeht, indem sie neben der ökonomischen auch die kulturelle, soziale und politische Dimension erschließt und berücksichtigt, dass alle ökonomischen Prozesse, selbst die scheinbar abgehobenen Spekulationsorgien der großen Akteure auf den Finanzmärkten, in der natürlichen Um- und Mitwelt stattfinden. Wir brauchen schließlich Anstöße und Räume für Diskussion und Experimente, um Alternativen überhaupt denken zu können.

Um diesem Weg näher zu kommen, bedarf es allerdings einer bewussten und grundsätzlichen Abkehr vom neoliberalen Projekt. Das ist viel schwerer als es scheint, denn trotz der Großen Krise hat das neoliberale Denken in Theorie und Praxis nicht nur in seinen verschiedenen Facetten von opportunistisch-dumm über dreist-unverfroren bis zu radikalgleichgültig überlebt. Es nimmt sogar einen neuen Anlauf, um das Rad marktradikaler „Reformen“ weiter und noch schneller zu drehen, wie wir etwa in der europäischen Krisenpolitik unter deutscher Führung sehen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die zentrale neoliberale Idee von der „Entthronung der Politik“ (F.A. von Hayek) so weitgehend Wirklichkeit geworden ist, dass der Repräsentant einer Großbank in Deutschland mit Stolz jubeln kann, dass „die Finanzmärkte die Politik ins Schlepptau“ haben nehmen können. Die in der gegenwärtigen Wirtschaftswissenschaft maßgeblichen Kräfte haben diese demokratiefeindliche Entwicklung befördert, zumindest aber hingenommen. Dazu kommt, dass zentrale Bestandteile des neoliberalen Denkens zu einem Alltagsbewusstsein in der Bevölkerung geworden sind und damit eine kulturelle Dimension bekommen haben, die Protest, Widerstand und Kreativität erheblich erschweren.

Die Aufgabe ist also groß, erst recht wenn wir uns die gegenwärtigen Verhältnisse vergegenwärtigen. Wir brauchen eine Wirtschaftswissenschaft, die in der Lage ist das Problem der rasant angewachsenen Ungleichheit in seiner gesamten Dimension zu erkennen und wirtschaftliche, politische und soziale Fragen in ihren Wechselwirkungen zu verstehen. Wir brauchen eine Wirtschaftswissenschaft, die bereit ist, das klassische Wachstumsmodell mit allen Konsequenzen in Frage zu stellen und eine Wirtschaftsweise zu entwickeln, die neben der Befriedigung von Bedürfnissen und Bedarfen gleichermaßen an zuverlässiger sozialer Sicherheit, Geschlechtergerechtigkeit und einem vorsorgenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ausgerichtet ist. Wir brauchen eine Wirtschaftswissenschaft, die sich dem Problem wirtschaftlicher und politischer Macht (etwa durch transnationale Konzerne oder durch die Schattenwirtschaft) wieder öffnet und damit den Blickwinkel eines schlichten Anti-Etatismus überwindet. Wir brauchen eine Wirtschaftswissenschaft, die durch Differenzierung gekennzeichnet ist, indem sie die simplifizierenden Dualismen Markt/Staat oder Markt/Plan überwindet, nach Zwischenformen sucht und akzeptiert, dass mit der Zivilgesellschaft ein mächtiger politischer Player in der Demokratie existiert. Wir brauchen eine Wirtschaftswissenschaft, die befähigt ist, theoretische und politisch-praktische Kritik an der neoliberalen Globalisierung, wie sie etwa in den geplanten Abkommen TiSA und TTIP zum Ausdruck kommt, zu leisten und dabei hilft, Ideen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu entwickeln.

Wir brauchen also statt des monistischen Wissenschaftsverständnisses der heute bestimmenden Ökonomik eine plurale und kritische politische Ökonomie des guten Lebens, die aus der Sackgasse neoliberaler Politik herausführt und, um nochmals mit Polanyi zu sprechen, den Boden bereitet für eine neue „Große Transformation“: ökonomisch-vielfältig, sozial-gerecht, ökologisch-achtsam, demokratisch-partizipativ.

Weitere Informationen: www.attac.de/aktionstag-lindau

oder bei Ralf Ptak 0177-2397666,

Rudolf Hickel 0171-5301125

und Christoph Mayer (Koordination) 0157-73222124